

Ernährungsausschuß

Verbesserung der Agrarstruktur

In Fortsetzung seiner Etatberatungen befaßte sich der Ernährungsausschuß in einer Grundsatzdiskussion mit der Finanzierung der in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ eingebundenen Förderungsmaßnahmen für den ländlichen und landwirtschaftlichen Bereich. An diesen Maßnahmen sind der Bund mit 60 und das Land mit 40 Prozent beteiligt. Inzwischen wurden die im Etatentwurf enthaltenen Bundesmittel pauschal um 20 Prozent gekürzt, was eine entsprechende Verminderung der Komplementärmittel des Landes zur Folge hat.

Ausschußvorsitzender Heinrich Ostrop (CDU) meldete starke Zweifel an, ob er ohne Vorliegen der konkreten Zahlen – bezogen auf die einzelnen Bereiche der Gemeinschaftsaufgabe – vom Ausschuß eine Beschlußempfehlung an das Plenum beschließen lassen könne. Bis zur Abstimmungssitzung müßte angegeben werden, welche Maßnahmen in welcher Höhe gefördert werden könnten. Bei diesen Vorhaben sei der Fachausschuß faktisch parlamentarisch ausgeschaltet.

Ein weiterer Beratungsschwerpunkt war die von der Landesregierung vorgenommene Verlagerung von Mitteln für die Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung aus dem Haushalt des Ernährungsministeriums in den Einzelplan 14. Die CDU kündigte an, daß sie dies nicht hinnehmen werde. Auch Sprecher der SPD halten diese Regelung aus der Sicht des Ernährungsausschusses, der sich laut Parlamentsauftrag mit diesen Fragen zu befassen hat, für sehr unbefriedigend. Bei der Beratung der Mittel für Naturschutz und Flurbereinigung kam es zur Aussprache über Zielvorstellungen für diese Bereiche, die aufgrund eines entsprechenden Antrags der SPD-Fraktion nach den Etatberatungen fortgesetzt werden soll. Es wurde die Auffassung vertreten, daß Flurbereinigung und Landschaftsplanung keine sich gegenseitig ausschließenden Maßnahmen sein dürften; im Gegenteil: am Ende eines Flurbereinigungsverfahrens müsse als dessen Ergebnis auch der die Landschaftsplanung regelnde Landschaftsplan (nach dem Landschaftsgesetz) faktisch vorhanden sein.

Für die nächste Ausschußsitzung kündigte die CDU an, daß sie eine Reihe von Umschichtungen im Haushalt beantragen werde vor allem mit dem Ziel, den Haushalt der Landwirtschaftskammern auszugleichen. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Friedrich Schreiber, erklärte, die Überlegungen in seiner Fraktion seien noch nicht abgeschlossen.

Befragung . . .

Fortsetzung von Seite 9
und meistens sogar Rückzahlungen der Träger notwendig gewesen. Unabhängig von den Anstrengungen der Volkshochschulen, zu einer weiteren Strukturierung ihrer Arbeit zu gelangen, würde ein Beibehalten des Sparbeschlusses jedoch tatsächlich zu einem verminderten Angebot in der Weiterbildung führen.

Porträt der Woche



Ulrich Schmidt (SPD)

Er zählt zwar zu den nach außen hin „unauffälligen“ Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages, aber gerade etliche von ihnen sind es, die diesem Parlament seine Impulse geben und die Landespolitik in manchen Bereichen stark beeinflussen. Zu diesen Abgeordneten gehört auch Ulrich Schmidt (39), der den Wahlkreis 122, Ennepe-Ruhr-Kreis II, 1975 wie 1980 für die Sozialdemokraten eroberte.

Daß er heute dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion angehört und ein gewichtiges Wort im Haushalts- und Finanzausschuß sowie im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat, fiel Ulrich Schmidt nicht in den Schoß. Zielstrebigkeit und zugleich Ausdauer sowie ein rechtes Maß für das politisch Machbare mögen dafür entscheidend sein. Jene Eigenschaften gewann der heutige Referent bei der Betriebskrankenkasse des Hoesch-Konzerns schon früh. Da war die Stahlkrise Ende der fünfziger Jahre, die der damalige Hoesch-Lehrling durch eine „vorsorgliche Kündigung“ selbst erfuhr, da war aber auch seine Aktivität in der evangelischen und gewerkschaftlichen Jugendbewegung der Nachkriegszeit.

Als 22jähriger schloß sich der gebürtige Wittener der SPD an – „nachdem ich die Parteiprogramme verglichen hatte“. Seine Parteifreunde wählten ihn inzwischen zum Ortsvereinsvorsitzenden Wetter-Volmarstein und stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden Ennepe-Ruhr-Witten, auch gehört er dem SPD-Landesausschuß an. Neben diesen Parteiämtern widmet sich der langjährige Metall-Gewerkschaftler der Arbeiterwohlfahrt, deren Kreisvorsitzender er ist. 1970 in den Rat der Stadt Wetter berufen, wurde er fünf Jahre später zum Bürgermeister gewählt.

Hatte Ulrich Schmidt schon als Kommunalpolitiker einen engen Kontakt zu den Orthopädischen Anstalten der Diakonie in Volmarstein, so widmete er sich gleich nach seinem Einzug ins Düsseldorfer Landesparlament vor allem der Alten- und Behindertenpolitik. Das Mitglied des Stiftungsrates Wohlfahrtspflege möchte die immer steigende Zahl älterer Mitbürger möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung sehen und plädiert daher notwendigerweise auch für den weiteren Ausbau der Sozialstationen. Dabei müs-

se der Staat den freien Trägern finanziell spürbar unter die Arme greifen.

Der SPD-Abgeordnete zählt auch zu den Initiatoren der kürzlich vorgelegten Großen Anfrage seiner Fraktion zur Behindertenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Behinderten sollten nach seinen Vorstellungen weniger in Sondereinrichtungen „abgeschoben“ werden, sondern vielmehr in die Gesellschaft integriert werden. Dabei müsse ihnen natürlich Hilfestellung geleistet werden, beispielsweise behindertengerechte Wohnungen und Beförderungen in öffentlichen Verkehrsmitteln. Das erfordere nicht immer finanziellen Mehraufwand, sondern oft nur guten Willen und eine Portion Phantasie.

Auch als Landtagsabgeordneter möchte Ulrich Schmidt sein Wirken in der Kommunalpolitik nicht missen. Angesichts der engen Verzahnung zwischen dem Land und den Gemeinden hält der SPD-Politiker ein Mandat in beiden Gremien für nützlich. Schließlich würden beispielsweise viele Gesetze im Landtag beschlossen, die in den Kommunen dann praktiziert werden müßten. So ist der Sozialdemokrat denn auch aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung geneigt zu viel Reglementierung. Die Spontaneität müsse viel stärker als bisher die Bürokratie ersetzen. So nimmt er auch auf Landesebene seine Arbeit in der Kommission Personalbedarf und Stellenpläne des Landtages sehr ernst.

Angesichts der mannigfaltigen Aufgaben auch im außerparlamentarischen Raum ist für Ulrich Schmidt die Sieben-Tage-Woche „normal“. So ist es auch sehr selten, daß seine Sangesfreunde ihn auf ihren Proben begrüßen können.

Jochen Juretko